

Fragen

**für die Fragestunde der 99. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. April 2015**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 32
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	35, 36	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	6, 7
Groth, Annette (DIE LINKE.)	38, 39	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	29
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	37	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	22, 23	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11	Renner, Martina (DIE LINKE.)	46, 47
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 31	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 30
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	48, 49	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	40, 41	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	26, 27
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	2, 3	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	13, 14
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 42		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	10
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

1. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie glaubt die Bundesregierung nunmehr eine Vorratsdatenspeicherung verfassungskonform regeln zu können – was der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Christian Lange, in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 25. März 2015 auf meine Mündliche Frage 2, Plenarprotokoll 18/96 hin v. a. wegen der damals noch schwebenden Kontroverse mit dem Bundesministerium des Innern und wegen der „rechtlich und technisch komplexen Materie“ noch nicht beantworten konnte –, nachdem der Europäische Gerichtshof 2014 die Speicherung der Daten jeglicher Berufsgeheimnisträger sowie solcher Personen ausschloss, „bei denen keinerlei Anhaltspunkt dafür besteht, dass ihr Verhalten in einem auch nur mittelbaren oder entfernten Zusammenhang mit schweren Straftaten stehen könnte“, und wie glaubt die Bundesregierung technisch, organisatorisch und regulativ sicherstellen zu können, dass derartige Daten, wie erforderlich, sicher erkannt und von denen anderer Personen unterschieden werden können und die Speicherung verbindlich unterbleibt?
2. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie sind die vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und vom Bundesministerium des Innern jüngst vorgestellten Pläne für eine geplante Vorratsdatenspeicherung in Deutschland mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 8. April 2014 vereinbar, in dem das Gericht die damalige EU-Vorratsdatenspeicherungsrichtlinien für nichtig erklärte und feststellte, dass eine anlasslose Speicherung von Daten ohne Differenzierung auf die Daten eines bestimmten Zeitraums, eines bestimmten geografischen Gebiets oder eines bestimmten Personenkreises, der in irgendeiner Weise in eine schwere Straftat verwickelt sein könnte, unzulässig ist?
3. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hält der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz an seiner öffentlichen Äußerung vom 15. Dezember 2014 fest, als er auf Twitter die Nachricht verbreitete, „VDS lehne ich entschieden ab – verstößt gg Recht auf Privatheit u Datenschutz. Kein deutsches Gesetz und keine EU-RL!“, und falls nein, was hat zu seiner veränderten politischen Bewertung des Themas geführt (bitte begründen)?

4. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche zusätzlichen Vorkehrungen für die IT-Sicherheit der durch die geplante Vorratsdatenspeicherung anfallenden Massenspeicher bei den privaten Providern wird die Bundesregierung – auch vor dem Hintergrund der bisherigen Erkenntnisse zu geheimdienstlichen Attacken auf Datenbestände weltweit – vorschlagen, um dem Diktum des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 125, 260) zu entsprechen, wonach verschärfte Vorschriften für die Datensicherung zur verfassungsrechtlichen Absicherung zwingend erforderlich sind?
5. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung – vor dem Hintergrund weiterer, seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2010 (BVerfGE 125, 260) entstandener privater Massenspeicher, sowohl auf privater als auch öffentlicher Ebene, national als auch europaweit – ihren Gesetzesvorstoß zur Vorratsdatenspeicherung hinsichtlich der vom Bundesverfassungsgericht zwingend vorgesehenen Prüfung einer „Überwachungsgesamtrechnung“?
6. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Welche Gefahr für die kleine und mittelständische Tourismuswirtschaft sieht die Bundesregierung, wenn die Novellierung der EU-Pauschalreiserrichtlinie dazu führt, dass sich Reisebüros, deren Haupttätigkeit in der Vermittlung von Reisen besteht, wie Reiseveranstalter gegen Insolvenz absichern müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

7. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Wie viele Beschwerden sind aufgrund von Uneinigkeiten bzw. Streitigkeiten mit der Kraftfahrzeugversicherung bezüglich des zu leistenden Schadenersatzes bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in den letzten fünf Jahren eingegangen, und in wie vielen Fällen mussten im Ergebnis der Prüfung der Beschwerden aufsichtsrechtliche Maßnahmen gegen Versicherungsunternehmen eingeleitet werden?

-
8. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung einen Steuerbonus für mehr Einbruchschutz, und wenn ja, wie soll dieser ausgestaltet werden?
9. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gegenfinanzierung ist im Fall der Einführung vorgesehen, und inwiefern soll er an den Steuerbonus zur energetischen Gebäudesanierung gekoppelt sein?
10. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die von Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel in der 15. Kalenderwoche medial angekündigte finanzielle Unterstützung des Bundes (vgl. www.zeit.de/politik/deutschland/2015-04/gabriel-fluechtlinge-kosten) für die Länder und Kommunen bei der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung der steigenden Zahl von Flüchtlingen umzusetzen, und in welcher Höhe wird diese gewährt werden?
11. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe und wann beabsichtigt die Bundesregierung, die unter anderem von der Ministerpräsidentenkonferenz am 26. März 2015 und den kommunalen Spitzenverbänden geforderte dauerhafte und strukturelle Beteiligung des Bundes an den Kosten für Betreuung, Unterbringung, Gesundheitsversorgung und Integration von Flüchtlingen umzusetzen?
12. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schritte leitet die Bundesanstalt für Immobilien, etwa am Beispiel der Immobilie in der Großgörschen- und Katzlerstraße in Berlin, ein, nachdem bezüglich eines Verkaufs einer Bundesliegenschaft an einen privaten Eigentümer das kommunale Vorkaufsrecht im Geltungsbereich einer Satzung zur Sicherung von Durchführungsmaßnahmen des Stadtumbaus und einer Erhaltungssatzung nach § 24 des Baugesetzbuches geltend gemacht wurde, und zu welchem Zeitpunkt wird der Übergang von Nutzen und Lasten rückgängig gemacht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

13. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)** Wie viele Mittel aus dem Eingliederungstitel im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) standen von 2005 bis 2014 der Vermittlung zur Verfügung, wenn man die Kosten der Sonderprogramme und Verwaltungskosten, die aus dem Eingliederungstitel finanziert wurden, abzieht (bitte Jahresdaten mit Nennung der herausgerechneten Posten ausweisen)?
14. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)** Wie hat sich in den zurückliegenden zehn Jahren die öffentlich geförderte Beschäftigung im SGB II entwickelt (bitte jährlich die Ausgaben in Euro und Teilnehmerzahlen nennen), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und
Landwirtschaft**

15. Abgeordneter
**Oliver
Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)** Bei wie vielen Proben im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplans (NRKP) kam es bei der Fischzucht in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren zu Höchstmengenüberschreitungen antibiotisch wirksamer Substanzen, und bei wie vielen Proben war dies nach Kenntnis der Bundesregierung beim europäischen Schnellwarnsystem für Lebensmittel (RASFF) der Fall (bitte jeweils unter Angabe der Substanz und des gemeldeten Betriebes)?
16. Abgeordneter
**Harald
Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)** Aus welchen Gründen hat sich das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) – im Gegensatz zum US-amerikanischen Äquivalent, der Environmental Protection Agency (EPA), die mit mehreren Teilnehmerinnen und Teilnehmern vertreten war – nicht an dem Treffen der Arbeitsgruppe der Internationalen Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation (IARC) zur Ermittlung der Kanzerogenität von Glyphosat vom 3. bis 10. März 2015 in Lyon beteiligt (vgl. Teilnehmerliste unter <http://monographs.iarc.fr/ENG/Meetings/vol112-participants.pdf>), welches zu der (am 20. März 2015 in der angesehenen medizinischen Fachzeitschrift The Lancet veröffentlichten) Einstufung von Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ führte, und in welcher Weise werden sich das BfR oder andere In-

stitutionen des Bundes mit dieser Einstufung sowie der zugehörigen, zur Veröffentlichung anstehenden Monographie des IARC vertieft auseinandersetzen?

17. Abgeordneter
**Harald
Ebner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat das BfR seinen Bewertungsbericht in seiner Verantwortlichkeit für die Berichterstattung Deutschlands im Rahmen des laufenden Neuzulassungsverfahrens von Glyphosat bereits am 1. April 2015 an das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit übersandt, welches diesen am 2. April 2015 an die EU-Risikobewertungsbehörde EFSA weitergeleitet hat (vgl. u. a. BfR-Mitteilung Nr. 8/2015 vom 2. April 2015), obwohl die Veröffentlichung der IACR-Monographie zur Einstufung von Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ noch nicht vorliegt sowie die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Maria Flachsbarth, noch am 25. März 2015 in ihrer Antwort auf meine Dringliche Frage hin erklärt hatte, das BfR habe „unverzüglich eine erneute Prüfung aller vorliegenden epidemiologischen Studien – das sind 30 an der Zahl [...] eingeleitet. Darüber hinaus werden alle vorliegenden Erkenntnisse zu tumorbildenden Eigenschaften nochmals überprüft.“ (vgl. Plenarprotokoll 18/96)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

18. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung die akute Notlage der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer wegen der verzögerten Auszahlung von Mitteln aus dem AMIF-Fonds (AMIF – Verordnung über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der Europäischen Union; vgl. Positionspapier „Einrichtung eines Hilfsfonds zur gesundheitlichen Versorgung von vulnerablen Flüchtlingen und Opfer von Folter“ auf www.baff-zentren.org) bekannt, und welche kurzfristigen Maßnahmen hat sie ergriffen, um die Versorgung traumatisierter Flüchtlinge durch die spezialisierten Zentren nicht zu gefährden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

19. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Ladevorgänge fanden bisher an den im Rahmen des Schaufensterprogramms „Elektromobilität verbindet“ errichteten Schnellladesäulen entlang der A 9 statt, und sollen die Schnellladesäulen nach Ende des Programms wieder abgebaut werden?
20. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit ermöglichen die auf der 86. Sitzung der UNECE-Arbeitsgruppe Straßenverkehrssicherheit (UNECE – Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen, Working Party on Road Traffic Safety) beschlossenen Änderungen des Wiener Übereinkommens über den Straßenverkehr hochautomatisiertes Fahren auf Straßen in Deutschland, und sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang weiteren notwendigen Änderungsbedarf am Wiener Übereinkommen?
21. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird es nach Kenntnis der Bundesregierung mit einer autobahnparallel geführten Neubaustrecke zwischen Mannheim und Frankfurt am Main gelingen, die Fahrtzeit mit dem ICE von derzeit etwa 37 Minuten auf unter 30 Minuten zu verkürzen, um damit einen integralen Taktfahrplan in beiden Städten zu ermöglichen, und was bedeutet eine Mitnutzung dieser Strecke durch den Güterverkehr für die Lärmbelastung der Menschen entlang dieser Strecke?
22. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung der Kammerunion Elbe/Oder (siehe Beschluss der Generalversammlung vom 15. April 2015), dass eine Berufsschiffahrt auf der Elbe nur dann wirtschaftlich möglich ist, wenn die Schiffbarkeit der Mittel- und Oberelbe auch bei mittlerem Niedrigwasser mit einer Fahrrinne von 1,60 Meter an mindestens 345 Tagen im Jahr garantiert wird, und was könnte aus Sicht der Bundesregierung getan werden, um diese Forderung zu erfüllen?

23. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand der Planungen für den Bau der Staustufe in der Elbe zwischen Decín und der deutsch-tschechischen Grenze, und welche, auch für die Bundesebene zu beachtenden Termine und Aktivitäten gibt es diesbezüglich in den Jahren 2015 und 2016?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

24. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die aktuell geplanten Laufzeiten bzw. Laufzeitenden der Deutschland umgebenden Atomkraftwerke Borssele, Doel, Tihange, Cattenom, Fessenheim, Beznau, Leibstadt, Mühleberg, Gösgen, Temelin, Dukovany, Ringhals, Dungeness, Sizewell und Hinkley Point?
25. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Sachverhalt der kürzlich von AREVA und der französischen Atomaufsicht ASN bekannt gegebenen Anomalien in Deckel und Bodenkalotte des Reaktordruckbehälters beim Atomkraftwerk-Neubauvorhaben Flamanville 3 (vgl. Pressemitteilungen von AREVA und ASN vom 7. April 2015), und inwiefern entspricht nach Kenntnis der Bundesregierung insbesondere die Bodenkalotte aufgrund dieser Anomalien nicht mehr dem kerntechnischen Regelwerk Frankreichs?
26. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Mit welchen bisherigen Ergebnissen hat die Bundesregierung Maßnahmen in Bezug auf Landesregierungen und AKW-Betreiber (AKW – Atomkraftwerk) sowie die Ablieferer in Frankreich und England ergriffen, um die für den Rücktransport von radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung erforderlichen Standortzwischenlager zu identifizieren, in denen die Castorbehälter künftig auf Kosten der AKW-Betreiber zwischengelagert werden sollen, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass das Zwischenlager der EnergieWerkeNord bei Lubmin für die Aufnahme eines Teils der Castorbehälter infrage kommt?

27. Abgeordneter
**Hubertus
Zdebel**
(DIE LINKE.)
- Welche zusätzlichen Maßnahmen im Sinne der in der Endlager-Kommission laufenden Diskussion zur Sicherung aller potenziellen Endlagerstandorte wird die Bundesregierung kurzfristig ergreifen, um die vom Bundeskabinett beschlossene Verlängerung der Veränderungssperre für den Salzstock Gorleben als Atommülllagerstandort überflüssig zu machen, und welche rechtlichen Veränderungen müssen aus Sicht der Bundesregierung dazu im Einzelnen vorgenommen werden, um eine Verlängerung der Veränderungssperre für Gorleben ab August 2015 überflüssig zu machen?
28. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Boden ist in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren durch Erosion verloren gegangen, und welche konkreten Bodenschutzmaßnahmen wurden insbesondere an den Stellen ergriffen, wo Erosionsereignisse Mitauslöser von Unfallgeschehen auf Bundesautobahnen bzw. -straßen waren (z. B. Massenkarambolage auf der A 19 im April 2011, bitte unter Nennung von Beispielen konkreter Bodenschutzmaßnahmen an konkreten Streckenabschnitten der Bundesstraßen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

29. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung, dass sie im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit keine allgemeine Budgethilfe mehr auszahlen und darüber hinaus sich dafür einsetzen möchte, dass die allgemeine Budgethilfe der Europäischen Union zurückgefahren wird, wie die Nachrichtenagentur dpa am 10. April 2015 berichtete (01:10 Uhr „Müller will keine direkte Finanzhilfe für Entwicklungsländer“), und auf welche konkreten Erfahrungen oder Evaluierungen, die solche Schritte nahelegten, stützt sie sich dabei?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

30. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlasst, nun doch und noch in diesem Jahr eine gesetzliche Regelung im Gesetz über den Bundesnachrichtendienst (BND) für die Überwachung von Telefonaten und E-Mails von Ausländern im Ausland-zu-Ausland-Verkehr vorzulegen, nachdem der BND und das Bundeskanzleramt bisher mit der „Weltraumtheorie“ argumentierten, deutsche Gesetze würden für Ausländer im Ausland nicht gelten, und soll diese gesetzliche Regelung lediglich die bisherige Praxis festschreiben, die durch Strafrechtslehrer sowie einem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts als verfassungswidrig angesehen wird, oder eine Kontrolle etwa durch die G 10-Kommission vorsehen, wie sie bei Grundrechtsträgern vorgeschrieben ist (DER SPIEGEL vom 11. April 2015; <https://netzpolitik.org> vom 16. April 2015)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Energie**

31. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus, dass sich die USA im Rahmen der EU-Konsultation zu endokrinen Disruptoren mit Verweis auf den Handel gegen eine strenge Regulierung dieser hormonell wirksamen Substanzen ausgesprochen haben, und lässt dies aus Sicht der Bundesregierung eine andere Einschätzung zu, als dass sich die USA in den unter dem Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP geplanten gemeinsamen Regulierungsforen jeweils gegen eine vorsorgeorientierte Regulierung aussprechen werden, wenn dadurch Exportmodelle bedroht sein könnten?
32. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche persönlichen Gespräche zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (bitte unter Angabe des Datums und konkreten Inhalts des Gesprächs) gab es im Jahr 2015 zu den Vorschlägen aus dem BMWi für eine „Klimaabgabe“ für alte Kohlekraftwerke, und welche Position vertritt diesbezüglich das Bundeskanzleramt auch im Hinblick auf das 40-Prozent-Klimaschutzziel bis zum Jahr 2020 und die anstehenden Beratungen beim G7-Gipfel und der UN-Klimakonferenz in Paris?

33. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Stand des Vertragsverletzungsverfahrens wegen der Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland, und welche Antwort hat die Europäische Kommission zu den Schreiben der Bundesregierung vom 19. September 2014 und 7. Januar 2015 gegeben?
34. Abgeordnete
**Dr. Julia
Verlinden**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung inzwischen eine Rückmeldung der Europäischen Kommission zu ihrer Meldung zu Artikel 7 EED vom 5. Juni 2014 erhalten, und akzeptiert die Europäische Kommission die Anrechnung der Lkw-Maut und der Luftverkehrssteuer als Maßnahme der Zielerreichung nach Artikel 7 EED?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

35. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Anklagen und Verurteilungen der Schuldigen des Massakers im Gewerkschaftshaus in der ukrainischen Hafenstadt Odessa am 2. Mai 2014?
36. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Selbstmordreihe und Mordserie in der Ukraine, welcher bisher mindestens acht oppositionelle Politiker und Journalisten sowie Beamte aus dem früheren Umfeld der „Partei der Regionen“ zum Opfer gefallen sind (www.bbc.com/news/world-europe-32329512; www.rferl.org/content/suicide-homicide-ukraine-officials/26888375.html)?
37. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung bislang ergriffen, um auf den zuständigen Gouverneur von Pennsylvania, Tom Wolf, dahingehend einzuwirken, dass die akute Gesundheitskrise des Journalisten Mumia Abu-Jamal, der 29 Jahre lang in US-amerikanischen Todestrakten saß und nun seit über 33 Jahren im Gefängnis sitzt, möglichst bald gelindert wird (www.freiheit-fuer-mumia.de/mk.htm)?

38. Abgeordnete
Annette Groth
(DIE LINKE.)
- Inwiefern teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass die Verweigerung einer ausreichenden Gesundheitsversorgung für Mumia Abu-Jamal im Gefängnis SCI Mahanoy, wo Mumia Abu-Jamal seit drei Jahren im Regelvollzug ist (www.freiheit-fuer-mumia.de), einem Tötungsversuch durch monatelang unterlassene Hilfeleistung gleichkommt (bitte begründen)?
39. Abgeordnete
Annette Groth
(DIE LINKE.)
- Inwiefern thematisiert die Bundesregierung in deutsch-amerikanischen Gesprächen die Tatsache, dass die Gesundheitsversorgung für Insassen in Gefängnissen in den USA weitgehend in privater Hand ist und sich dadurch vor allem an Gewinnen orientiert und es dadurch zum völlig unnötigen Tod vieler Hunderter von Gefangenen in jedem Jahr führt (www.prisonlegalnews.org/news/2014/mar/15/corizon-needs-a-checkup-problems-with-privatized-correctional-healthcare/) (bitte begründen)?
40. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Was unternimmt das Auswärtige Amt (AA) konkret dagegen, dass auch Captcha-Schutzvorrichtungen bei der Online-Terminvergabe für Visa weltweit, aber insbesondere aktuell in Beirut (vgl. Mitteilung des AA an den Innenausschuss des Deutschen Bundestages auf der Ausschussdrucksache 18(4)293), von professionellen Terminhändlern umgangen werden, etwa durch vorbereitete schnelle händische Eingaben in Kombination mit Programmen, die die Freischaltung von Terminen automatisch registrieren, und welche Schlussfolgerungen zieht das AA daraus, dass nach glaubhaften Informationen, die der Fragestellerin vorliegen, Termine für die deutsche Botschaft im Libanon durch „Reisebüros“ bereits für 1 300 Euro pro Person verkauft werden sollen (bitte ausführen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

41. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen hat die Bundesregierung aus den einzelnen Kritikpunkten gezogen, die der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in seinem Prüfbericht vom 13. September 2012 hinsichtlich Anlage und Struktur der beim Bundeskriminalamt geführten Zentraldatei „Politisch motivierte Kriminalität – links-Zentralstelle“ („PMK-links-Z“) aufge-

- führt hat, und welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen hat sie aus einer allfälligen, vom Bundesbeauftragten empfohlenen Überprüfung weiterer Zentraldateien gezogen?
42. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag welche gesetzlichen Änderungsvorschläge vorlegen, um – wie von der sog. EU-Aufnahmerichtlinie (Richtlinie 2013/33/EU) vorgeschrieben – schutzbedürftigen Asylsuchenden einen uneingeschränkten Zugang zu medizinischer und insbesondere psychologischer Behandlung und Betreuung zu garantieren?
43. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Bundesländern und in welchen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird nach Kenntnis der Bundesregierung das Vorliegen einer HIV-Infektion bei aufenthaltsrechtlichen Ermessensentscheidungen berücksichtigt, und welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung ggf. aus dieser Praxis (bitte begründen)?
44. Abgeordneter
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen hat die Einstellung der Seenotrettungsmission „Mare Nostrum“ und die Einrichtung der Frontex-Mission Triton nach Kenntnis der Bundesregierung seit November 2014 auf die gesamte Zahl der Schutzsuchenden, die aufgrund fehlender legaler Einreisemöglichkeiten den gefährlichen Weg über das Mittelmeer wählen (bitte nach Monat im Vergleich zum Vorjahr aufschlüsseln), gehabt?
45. Abgeordneter
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über den am Rande des EU-Innenministertreffens unter einigen Innenministern, darunter der Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière, diskutierten italienischen Vorschlag, dass zur Abschreckung von Flüchtlingen „Marineeinheiten aus Drittländern [...] in der Nähe Libyens eingreifen und Migranten in Seenot retten [...] und danach zu ihren eigenen Häfen bringen“ sollen (Non-Paper, veröffentlicht auf www.statewatch.org/news/2015/mar/italian%20med.pdf), und unterstützt sie diesen Vorschlag (bitte begründen)?

46. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Quellenmeldungen und Treffberichte der neonazistischen V-Leute „Treppe“, „Tusche“, „Tinte“, „Tobago“, „Terrier“, „Trapid“, „Tonfall“ und „Tonfarbe“, die das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) im Rahmen der „Operation Rennsteig“ in Thüringen angeworben und geführt hat, sind im BfV vorhanden?
47. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Quellenmeldungen und Treffberichte der neonazistischen V-Leute „Treppe“, „Tusche“, „Tinte“, „Tobago“, „Terrier“, „Trapid“, „Tonfall“ und „Tonfarbe“, die das BfV im Rahmen der „Operation Rennsteig“ in Thüringen angeworben und geführt hat, sind dem 2. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages in der 17. Wahlperiode (NSU-Untersuchungsausschuss) vorgelegt worden?
48. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche neuen Ergebnisse kann die Bundesregierung nach einem Austausch der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur neuen „Europol-Meldestelle für Internetinhalte“ mitteilen, der nach Kenntnis des Fragestellers am 20. April 2015 stattgefunden hat (bitte die in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/4582 vom 7. April 2015 offengebliebenen Details der bereits in elf Wochen startenden Einrichtung mitteilen: Ausgestaltung und Arbeitsweise der Meldestelle, beteiligte deutsche polizeiliche Stellen zur Zusammenarbeit mit der Meldestelle, Unterschied der Meldestelle zur bisherigen Arbeit von „Check the Web“, Zusammenarbeit mit Internetdienstleistern), und welche weiteren Details kann die Bundesregierung zu einem (trotz anderslautender Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/4582 vom 7. April 2015) nach meiner Kenntnis im Mai 2015 stattfindenden weiteren Treffen mit Internetdienstleistern zur „Meldestelle für Internetinhalte“ mitteilen (bitte außer der Themensetzung auch die nach gegenwärtigem Stand Teilnehmenden benennen)?
49. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung über den Stand der Verhandlungen der Europäischen Kommission bzw. des Rates über die Weitergabe von auf Vorrat gespeicherten Fluggastdaten mit der mexikanischen Regierung bekannt, die gedroht hatte, ab dem 1. April 2015 europäische Airlines mit Strafzahlungen zu belegen, wenn jene die gewünschten Personendaten nicht vor jedem Flug an die zuständigen Grenzbehörden übermitteln, die Frist aber nach

Eingaben von mehreren Seiten auf dem 1. Juli 2015 verschoben hat, da der EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos ein Verhandlungsmandat für ein EU-Mexiko-PNR-Abkommen (PNR – Passenger Name Record) in Aussicht stellte (The Wall Street Journal vom 1. April 2015; Mitteilung des EU-Kommissars Dimitris Avramopoulos vom 27. März 2015), und auf welche Weise bzw. mit welcher Intention ist die Bundesregierung selbst gegenüber den Ländern aktiv geworden, die eine Vorabübermittlung von PNR-Vorratsdaten fordern (wie im Artikel erwähnt: Mexiko, Südkorea, Argentinien, Brasilien, Neuseeland, Japan, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien, Russland)?